

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Maoisten setzen Proteste im Namen der „Zivilen Vorherrschaft“ fort

Die *Unified CPN* (Maoist) hat Anfang November die zweite Runde ihres nationalen Protestprogramms wegen der umstrittenen Entscheidung des Präsidenten im Streit um die Entlassung des Armeechefs Katuwal und die Frage der „Zivilen Vorherrschaft“ im Parlament mit Demonstrationen und Blockaden von Regierungseinrichtungen begonnen. Zuvor hatte Maoistenführer Narayan Kaji Shrestha erklärt, die Partei werde den Kampf sowohl im Parlament als auch auf der Straße fortsetzen, solange diese Fragen nicht gelöst seien. Maoistenchef Dahal hatte eine breite Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft angekündigt und diese aufgefordert, ihren Protest gegen die Regierung mit friedlichen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Verteidigungsministerin Bidya Devi Bhandari drohte unterdessen mit dem Einsatz der Armee für den Fall, dass die von den Maoisten angekündigten Straßenproteste ausufern und es zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt.

Menschenrechtskommission empfiehlt Strafermittlungen gegen Polizeipersonal

Die nationale Menschenrechtskommission (NHRC) hat Vorwürfe gegen Polizisten der Distriktpolizei von Acham untersucht, die eine Polizeikollegin vergewaltigt haben sollen, und die Regierung aufgefordert, gegen die Beschuldigten zu ermitteln. In einem Anfang November veröffentlichten Bericht der NHCR heißt es, sechs männliche Kollegen hätten die Polizistin unter Drogen gesetzt und anschließend vergewaltigt. Die NHRC fordert die strafrechtliche Verfolgung der beschuldigten Polizisten sowie die Ergreifung von Vorsorgemaßnahmen, um die Sicherheit weiblichen Polizeipersonals in Zukunft zu gewährleisten.

Einstellung staatlicher Hilfeleistungen droht

Finanzminister Surendra Pandey hat davor gewarnt, dass schon bald die Einstellung sämtlicher grundlegender Serviceleistungen in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Bildung und bei der Versorgung von Gefängnissen droht, falls der Haushalt für das laufende Haushaltsjahr nicht umgehend verabschiedet wird. Die meisten Regierungsstellen und -einrichtungen seien schon bald nicht mehr in der Lage, ihre Mitarbeitenden zu bezahlen und die laufenden Kosten zu finanzieren, da sie zumeist bereits die

ihnen vom Parlament zugestandene Ausgabengrenze von 33 Prozent der beantragten Haushaltstitel überschritten haben. Die Bezüge der Minister wurden gemäß dieser Anordnung bereits gestoppt. Nun drohen Zahlungsstopps bei der Verfassungsgebenden Versammlung, beim Rechtsministerium, beim Armutsminderungsfond, bei den nepalischen Botschaften im Ausland, bei der *Armed Police Force* sowie bei verschiedenen Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen, da keine weiteren Mittel zur Zahlung der Gehälter und laufenden Kosten für diese Einrichtungen verfügbar seien, erklärte Pandey auf einer Pressekonferenz in Kathmandu. Auch die *Nepal Food Corporation* (NFC) hat ihren Budgetrahmen fast erschöpft und wird schon bald ihre Nahrungsmittellieferungen in abgelegene und vom Hunger bedrohte Distrikte einstellen müssen, falls der Haushalt nicht in den nächsten Wochen verabschiedet wird. Die Zahlungen der Regierung an die maoistischen Ex-Kombattanten sind ebenfalls durch die Haushaltsblockade bedroht.

Bürgerkrieg hat über 16 000 Menschenleben gefordert

Eine vom Ministerium für Frieden und Wiederaufbau eingerichtete Arbeitsgruppe hat berichtet, dass die Anzahl der während des zehnjährigen Bürgerkriegs Getöteten mindestens 16 274 Personen beträgt und somit um mehr als 3 000 über der bisher angenommenen Zahl von 13 000 liegt. Auch sollen während des Maoistenaufstands und seiner Bekämpfung durch den Staat über 70 000 Personen und 18 000 Familien vertrieben worden sein. Weitere 5 640 Personen seien seither kriegsversehrt. Diese Zahlen wurden in 73 von 75 Distrikten erhoben und Anfang Oktober bekannt gegeben. Es wird damit gerechnet, dass die tatsächliche Zahl der Kriegsoffer sich weiter erhöhen wird, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist.

Armee räumt Minen

Die nepalische Armee hat eine groß angelegte Minenräumaktion begonnen und sich das Ziel gesetzt, innerhalb eines Jahres 19 von ihr selbst während des Bürgerkriegs gelegte Minenfelder zu beseitigen. Diese Arbeit wird an einigen Stellen durch die Verschiebung der Minenfelder aufgrund von Erdbeben und Überschwemmungen sowie durch die Zerstörung von Markierungen erschwert. Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens im November 2006 sollen über 800 Personen Opfer von

Minenexplosionen geworden sein. Bei erfolgreichem Abschluss der Räumaktion, die technisch und finanziell von der UNMAT (*UN Mine Action Team*) und internationalen Geberstaaten unterstützt wird, wären fast 70 Prozent aller Minenfelder der Armee beseitigt. Bisher sind mit Hilfe des UNMAT sowie technischer Unterstützung aus Großbritannien, Norwegen und Kanada 17 von 53 Minenfeldern sowie 105 von 274 unkonventionellen Sprengladungen (IEDs) geräumt worden.

Acht Nepali sprechende Personen in Assam erschossen

Mitglieder der *National Democratic Front of Bodoland* (NDFB), einer in Nordost-Indien aktive Terrorgruppe, haben acht Nepalesisch sprechende sowie vier einheimische Personen erschossen und ein weiteres Dutzend verletzt, wie Dil Bahadur Limbu, Vorsitzender der All Assam Gorkha Students Union gegenüber Journalisten mitteilte. Als Hintergrund der Bluttat werden nicht erfüllte Schutzgeldforderungen und Rache gegen Dorfbewohner, die solche Zahlungen verweigerten, vermutet. „Sie verlangten ‚Spenden‘ in Höhe von 600 Tausend Rupien von Leuten, die weniger als 400 Tausend Rupien besaßen und fingen an, diejenigen zu töten, die nicht zahlten“, erklärte Limbu und fügte hinzu: „Es könnte ein Versuch der Vertreibung der (Nepalstämmigen) Gorkhalis sein.“

OHCHR Nepal fordert Maoisten zur Kooperation bei polizeilichen Ermittlungen auf

Das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Nepal (OHCHR-N) hat die Führung der UCPN (Maoisten) zur umfassenden Kooperation bei den polizeilichen Ermittlungen von Menschenrechtsverbrechen aufgefordert, die von eigenen Parteimitgliedern begangen wurden. Bereits am 24. Juli 2009 hatte das UN-Amt in einem Brief an den Vorsitzenden der UCPN (Maoisten) Pushpa Kamal Dahal über mangelnden Fortschritt bei der Aufklärung der Tötung des Geschäftsmanns Ram Hari Shrestha und der beiden Journalisten Birendra Sah und Arjun Lama informiert, sowie beim tödlichen Bombenanschlag auf einen Bus in Madi, Chitwan Distrikt, bei dem 39 Menschen getötet und 72 weitere verletzt worden waren. „Ernstzunehmende Beweise sprechen für eine Verantwortung der Maoisten bei all diesen Fällen“, heißt es in der OHCHR-N-Stellungnahme dazu. „Die nepalische Polizei hat bisher nur geringe Bereitschaft gezeigt, diese Fälle weiter zu verfolgen und beruft sich darauf, dass mangelnde Kooperation seitens der Maoisten ein entscheidendes Hindernis sei“, kommentierte OHCHR-N-Chef Richard Bennet die Situation.

Waffenkäufe indischer Naxaliten in Nepal

Der indische Innenminister P. Chidambaram hat Ende Oktober in einer Stellungnahme gegenüber der Presse erklärt, indische Maoisten würden ihre Waffen vermutlich auch aus Nepal beziehen. „Es gibt keine Hinweise darauf, dass indische Maoisten finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Doch wir wissen, dass die Waffen aus Bangladesch, Myanmar und wahrscheinlich auch Nepal kommen. Die Grenze zwischen Indien und Nepal ist sehr durchlässig“, erklärte Chidambaram in Neu Delhi. Die Vereinte Kommunistische Partei Nepal (UCPN-Maoisten) dementierte dies und erklärte, sie würde die Naxaliten zwar ideologisch unterstützen, es bestünde jedoch keine praktische Kooperation bezüglich von Waffenlieferungen.

Tierschutzaktivist fordert Beendigung von Tieropfern

Die indische Tierschutzaktivistin Maneka Gandhi hat in einem Brief an Ministerpräsident Madhav Kumar Nepal gefordert zu veranlassen, dass das Töten von Tieren anlässlich des *Gadhimai Festival* in Bara in Zukunft untersagt wird. Das besagte Fest findet alle fünf Jahre im November im Gadhimai Tempel nahe der indisch-nepalischen Grenze statt und wird von Millionen Gläubigen aus Indien und Nepal besucht. Dort werden jedes Mal über 100000 Tiere geopfert, was von Tierschützern als „Schande für Nepal“ bezeichnet wird. Maneka Gandhi, Schwägerin des früheren indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi, ist eine bekannte Umwelt- und Tierschutzaktivistin.

Limbu-Aktivist verhängen Bandha in Taplejung

Der für einen unabhängigen Limbustaat in Ostnepal kämpfende *Federal Limbuwan State Council* (FLSC) hat im gesamten Taplejung Distrikt einen Transportstreik (*Bandha*) ausgerufen. Mit dieser Aktion will der Rat die Freilassung von inhaftierten Mitgliedern erzwingen, die von der Polizei verhaftet worden waren. Diese sollen nach Polizeiaussage in die Entführung eines maoistischen Aktivisten namens Chhatra Bahadur Buda Chhetri verwickelt sein, der einige Tage zuvor an einen unbekanntem Ort verschleppt worden war. Die Maoisten ihrerseits beschuldigten die Limbus, ihre Kader zu verfolgen und wandten sich in einer eigenen Presseerklärung gegen den *Bandha*. Unterdessen hat der FLSC angekündigt, ihre Protestaktionen zu verschärfen, falls die Inhaftierten nicht umgehend freigelassen würden.